

„Nachhaltigkeit“ zwischen Idealität und Realität (Teil 2)

Barbara Fegebank

Dieser zweite Teil des Beitrags hat den „Umgang mit Nachhaltigkeit – ausgewählte Bereiche“ zum Thema. Der thematischen Breite des Nachhaltigkeitsbegriffes entsprechend bedarf es auf der konkreten Handlungs- und Umsetzungsebene des Ineinandergreifens einer Vielzahl z. T. sogar gegensätzlich angelegter Strategien, die sich wechselseitig ergänzen sollten. Dabei liegt die Betonung auf „sollten“, denn die Erkenntnisse in den Bereichen, die Überlegungen, Ziele, Strategien sind je für sich so vielgestaltig, dass erst einmal selektiv und damit additiv vorgegangen wird. – Der Kasten auf Seite 64 zeigt in aller Kürze die Inhalte des ersten Teils auf.*

Die Wirtschaft – nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion

Auf globaler Ebene unterstützt unter anderem der Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung (WBCSD) Unternehmen darin, ihre Aktivitäten nachhaltiger zu gestalten und soziale und umweltpolitische Gesichtspunkte stärker zu berücksichtigen. Zudem wird in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen versucht, ein Wirtschaften, das im Einklang mit den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung steht, aufzugreifen und zu diskutieren. Unter Nachhaltigkeitsmanagement wird zunehmend das integrierte Management sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte auf der Ebene eines Unternehmens verstanden. Mittlerweile hat auch die Finanzindustrie die Vorteile des Investments in nachhaltige Anlagen entdeckt. Wie sich das bisher auf die Produktion von Gütern niederschlägt, ist hier und da im Einzelnen nachweisbar, aber auch mit Irrtümern verbunden. So gibt Dieter Dürand unter „Öko-Mythen – Die vielen Irrtümer zur Nachhaltigkeit“ viele Beispiele (vgl. <http://www.wiwo.de/technologie/umwelt/oeko-mythen-die-vielen-irrtuemer-zur-nachhaltigkeit/8291274.html>, entnommen 16.09.2015):

■ So wird z. B. der Hybrid-Pkw als wichtiger Beitrag zur grünen Mobilität angepriesen. Zwar blasen die Hybrid-Fahrzeuge tatsächlich weniger CO₂ in die Luft als reine Benziner und Diesel. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn wegen des Einbaus zweier Antriebe steigt der Materialeinsatz je Kilometerleistung absolut enorm – und damit der Naturverbrauch. Die Schlussfolgerung: „Der CO₂-Fußabdruck ist kein verlässliches Maß für eine ehrliche grüne Verbesserung der Wirtschaft“, so der Chemiker und Umweltforscher Friedrich Schmidt-Bleek (ebenda).

■ Auch das „grüne Landleben“ hat sich als Mythos entpuppt: Es ist viel einfacher, in den Metropolen ein ökologisch korrektes Leben zu führen. Das hat eine groß angelegte Studie der US-Wissenschaftler Luis Bettencourt und Geoffrey West ergeben. Danach benötigt eine Metropole mit acht Millionen Einwohnern 15 Prozent weniger Straßen, Rohre, Kabel und sonstige Infrastruktur als zwei Großstädte mit je vier Millionen Einwohnern. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die London School of Economics. Nach ihren Berechnungen belastet jeder New Yorker das Klima jährlich mit zehn Tonnen CO₂ – ein Durchschnittsamerikaner dagegen mit 25 Tonnen (ebenda).

■ Wer auf einem Biohof einkauft, handelt verantwortungsvoll, unterstützt die Wirtschaft der Region, kauft unbehandeltes Gemüse und schützt irgendwie auch das Klima, heißt es. Doch die Realität ist komplizierter: Wer den weit entfernten Hofladen mit dem Auto ansteuert, schadet dem Klima mehr als derjenige, der zum Supermarkt um die Ecke läuft. Der Apfel aus der Region wiederum hat nur dann eine bessere Energiebilanz als das Pendant aus Neuseeland, wenn er nicht wochenlang im Strom fressenden Kühlhaus gelagert wurde.

■ Ohnehin belastet der Einkauf per Auto die Umwelt viel stärker als bisher vermutet, fanden jüngst Wissenschaftler der Universität Gießen heraus. 280 Gramm CO₂ werden dabei pro Kilogramm gekaufter Ware frei – bisherige Berechnungen gingen von 107 Gramm aus. Städte schneiden auch hier besser ab, weil dort viel mehr Menschen ihre Einkäufe zu Fuß oder per Fahrrad erledigen.

Die Beispiele zeigen, dass „Nachhaltigkeit“ oft Spekulation bleibt, dass die Zusammenhänge komplex und verwirrend und kaum durchschaubar sind: Ob eine angeblich nachhaltige Strategie tatsächlich ökologisch ist, ist mangels Datenbasis und Überprüfbarkeit kaum auszumachen. Dirk Vallbracht, Nachhaltigkeitsexperte der DNV Zertifizierungs- und Umweltgutachten GmbH in Essen, muss auch zugeben, dass die Entwicklung aussagekräftiger Indikatoren und Messgrößen erst am Anfang steht (ebenda). Doch ohne verbindliche, für alle gültige Regeln sind Umweltbilanzen kaum vergleichbar. Ein

* Der Beitrag entstand aus einem Tagungsbeitrag der Autorin, den sie zum Abschluss eines Projektes zum „Ressourcenmanagement“, veranstaltet vom Wabe-Zentrum Osnabrück, mit der Hochschule Osnabrück im November 2015 hielt. Der Titel der Beiträge in der HuW beruht auf einem Buch, herausgegeben von dem Berufspädagogen Prof. Dr. Gerhard P. Bunk.

Unternehmen, das bei den Berechnungen seiner CO₂-Emissionen auch die Nutzung seines Produkts berücksichtigt, steht z. B. schlechter da als eines, das nur die Herstellung erfasst.

Bei all der Kritik darf man jedoch nicht verkennen, dass Bemühungen um eine „nachhaltige Produktion“ zumindest diskutiert werden, auch das Management der Ressourcen um Berücksichtigung der nachhaltigen Entwicklung, insbesondere der „Umweltverträglichkeit“ bemüht ist und z. B. durch Öko-Auditierungen Unternehmen mit Blick auf umweltgerechte Handlungen im Einsatz von Materialien, Räumen, Energie in der Produktion und Entsorgung ausgezeichnet werden.

Interessant und möglicherweise zukunfts-fähig ist das Konzept des „Ökodesigns“, über das das Umweltbundesamt informierte (vgl. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaftskonsum/produkte/okodesign>). Es ist bereits seit 2009 im Gespräch: „Ökodesign ist ein systematischer und umfassender Gestaltungsansatz für Produkte, um durch verbessertes Produktdesign Umweltbelastungen über den gesamten Lebensweg zu mindern. In der Produktplanungs- und -designphase können Produzenten Einfluss auf jede Phase der Wertschöpfung und des stofflichen Lebensweges nehmen und ökologische Innovationen voranbringen“ (ebenda). Ökodesign ist eine umfassende Gestaltungsaufgabe der nachhaltigen Unternehmensführung. Die umweltverträgliche Gestaltung von Produkten erfordert quantitative und qualitative Bewertungsmaßstäbe und unterstützende Instrumente. Hierfür stehen

bereits eine Reihe von Checklisten, Handbüchern bis hin zu Softwarelösungen basierend auf der methodischen Grundlage der Ökobilanzierung zur Verfügung. Konkrete Anleitung für die Einbeziehung von Umweltaspekten bei der Planung und Entwicklung von Produkten bieten mittlerweile auch Normen und Leitfäden der internationalen, europäischen und deutschen Normenorganisationen.

„Folgende Ansätze tragen dazu bei, die durch Produkte entlang ihres Lebensweges verursachten Umweltbelastungen und Ressourcenverbräuche („ökologische Rucksäcke“) wirkungsvoll zu mindern:

- Verringerung des Energie- und Rohstoffbedarfs entlang des gesamten Lebensweges von Produkten;
- Zunehmender Einsatz erneuerbarer Rohstoffe, unter Berücksichtigung ihrer Verfügbarkeit und Regenerationsrate sowie der damit verbundenen Umweltwirkungen im Vergleich zur Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe;
- Erhöhung der Gebrauchstauglichkeit und Langlebigkeit von Produkten sowie Optimierung des Nutzens (Haltbarkeit, Reparaturfreundlichkeit, Anpassbarkeit, Funktionserweiterungen, Recyclinggerechte Konstruktion, Verminderung von Stoffverlusten);
- Minimierung der von Produkten während ihres Lebensweges ausgehenden Emissionen (Schadstoffe, Strahlung, Lärm etc.) auf das technisch unvermeidbare oder nach Umwelt- und Gesundheitsaspekten vertretbare Maß;

Rückblick auf Teil 1 in der Ausgabe 1/2016 der HuW

Die Autorin untersucht, wie der Begriff „Nachhaltigkeit“ entstanden ist. Bereits vor rund 300 Jahren wurde das Prinzip formuliert und bezog sich damals auf die Holzwirtschaft: Es solle nur so viel Holz geschlagen werden, wie durch planmäßige Aufforstung durch Säen und Pflanzen wieder nachwachsen konnte. Anfangs des 20. Jahrhunderts nahm die Landespflege den Begriff auf: Ihr Ziel war, zwischen den Ansprüchen der Gesellschaft an die Ökosysteme der Umwelt und dem Leistungsvermögen des Naturhaushalts ein Gleichgewicht zu schaffen. In der Ära von Bundeskanzler Willy Brandt in den 1970er-Jahren etablierte sich der Umweltschutz als Politikfeld. National und international wurden Ursachen und Folgen der Ausbeutung von Natur und ihren Ressourcen angesprochen, diskutiert und kritisiert. Mit dem Bericht der sog. Brundtland-Kommission setzte 1987 die globale Diskussion über Nachhaltigkeit ein. Entstanden ist eine Definition, die auch heute noch vielfach genutzt wird: Eine nachhaltige Entwicklung („sustainable development“) befriedigt die Bedürfnisse der gegenwärtig lebenden Menschen, ohne die Erfüllung der Bedürfnisse künftiger Generationen einzuschränken oder zu gefährden. Da der Begriff nicht wissenschaftlich fundiert ist und vor allem moralischen Charakter hat, wurde (und wird) er vielfach emotional und beliebig verwendet. Nachhaltigkeit verkam zum Schlagwort.

Erst 2002 berieten Delegierte von Regierungen, der Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Kommunen auf dem Weltgipfel „Rio+10“ in Johannesburg erneut über die Umsetzung des Leitbildes einer „Nachhaltigen Entwicklung“. In Deutschland wurde 2002 die erste nationale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die mithilfe sogenannter Fortschrittsberichte weiterentwickelt wird. Im September 2015 einigten sich die Vereinten Nationen auf einen Fahrplan, mit dem bis zum Jahr 2030 weltweit der Hunger und die bitterste Armut überwunden werden sollen. Die sogenannten Nachhaltigkeitsziele lösen die Jahrtausendziele von 2000 ab.

Nach diesem Abriss zeigt Fegebank kritisch auf, wie und warum der Begriff „Nachhaltigkeit“ wenig konkret und wissenschaftlich unsauber verwendet wird. Sie kommt zu dem Schluss, dass „in der Gegenwart erst einmal eine Grundlage geschaffen werden [muss], um Zukunft mit Blick auf eine nachhaltige Entwicklung denken zu können.“ Als Beispiel zieht sie die Versorgung mit Nahrungsmitteln heran, die keineswegs gesichert ist: „Seit 2010 sind wir bei nahezu einer Milliarde hungemler Menschen auf dieser Welt.“ Bei „Nachhaltigkeit“ handelt es sich um mehr als um Umweltdenken. „Dass so viele Menschen auf der Erde hungern, ist nicht auf knappe Ressourcen zurückzuführen, sondern auf wirtschaftliche, politische und soziale Entscheidungen sowie das nicht vorhandene ökologische Denken, das Denken in Zusammenhängen“. Als Kernbereiche der nachhaltigen Entwicklung definiert Barbara Fegebank drei Bereiche: Wirtschaft, Gesellschaft und „natürliche“ Umwelt.

Rae

■ Reduktion oder Substitution von umwelt- und gesundheitsbelastenden Stoffen sowie Entwicklung der dafür notwendigen Stoffe mit umwelt- und gesundheitsverträglichen Eigenschaften“ (Ökodesigns, a. a. O.).

Um das Verhalten im Sinne des Ökodesign stärker in den öffentlichen Fokus zu befördern, loben Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt den *Bundespreis Ecodesign* aus. In seinem Rahmen wurde eine Kriterienmatrix entwickelt, die als Werkzeug und Hilfestellung in der Designpraxis genutzt werden kann.

Zum Ecodesign heißt es: Es ist mehr als energieeffiziente Kühlschränke und Taschen aus Recyclingmaterial. Beim Ecodesign wird der gesamte Lebenszyklus eines Produktes berücksichtigt – von der Rohstoffgewinnung über die Produktion, Distribution und Nutzung bis hin zur Verwertung oder Entsorgung. Neben Fragen des Energieverbrauchs und eines verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen werden auch Fragen des Nutzerverhaltens, der Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit gestellt. Grundprinzipien sind das Lebenszyklusdenken, die Langlebigkeit (auch die ästhetische Langlebigkeit!), ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und die Vermeidung von Schadstoffen und Abfällen.

Ein derartiges Ökodesign ist die Voraussetzung für ein *Verbraucherverhalten*, das umweltverträglich ist und damit einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leistet. Es ist nicht umgekehrt wie oft ausgewiesen. Da steht der voll informierte, mündige Verbraucher, der über die Güter und Dienstleistungen, die er benötigt, bewusst entscheidet. Von diesem Tatbestand sind wir weit entfernt. Bereits in den 1970er-Jahren wurden Forderungen aufgestellt, die heute wieder aufleben! Anfang der 1970er-Jahre wurde die Verbraucherpolitik „öffentlich“. Mit dem ersten Bericht der Bundesregierung zur Verbraucherpolitik 1971 wurden bereits zwei Ziele genannt, die die Entwicklung von Nachhaltigkeit betreffen:

■ Umfassender Schutz des Verbrauchers gegen gesundheitliche Gefährdungen

■ Durchsetzung des Prinzips der Umweltfreundlichkeit (besser: Umweltverträglichkeit, die Verf.) für Produktion und Produkte.

Ein Jahr später – im 2. Bericht der Bundesregierung zur Verbraucherpolitik – wurden die beiden Ziele zusammengefasst, was den Zusammenhang von Gesundheit und Umweltschutz unterstreicht:

■ Umfassender Schutz des Verbrauchers vor gesundheitlichen Gefahren und umweltfreundlichere (besser: s. o.) Gestaltung von Produktion und Produkten.

Bereits in der Verbraucherlehre an der Universität Gießen erfolgte die Auseinandersetzung mit diesen Zielen und seit den 1980er-Jahren beschäftigte sich die Autorin – im Kontext der Aktivitäten des Umweltinstitutes der Universität Essen – mit Ökologie und Umwelterziehung (vgl. mehrere Publikationen). Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre wurde der „homo oecologicus“ zum Wunschverbraucher und eines der Ziele der Verbraucherverziehung wurde der „ökointelligente Konsum“.

Der in der Agenda 21 auf der Rio-Konferenz 1992 eingeführte Begriff „Nachhaltiger Konsum“ drang weniger in die wissenschaftliche Diskussion. Das liegt sicher daran, dass zur Gestaltung eines nachhaltigen Konsums *Leitlinien für die Umwelt* formuliert wurden, z. B. die Beachtung von Energie- und Ökobilanzen, die Bevorzugung saisonaler und regionaler Produkte sowie der Produkte aus fairem Handel etc.

Der Verbraucher gilt als „Entscheider“; er kann ja die Produkte meiden, die so wenig zur nachhaltigen Entwicklung beitragen! Aber der Verbraucher ist überfordert. Bei all den Bemühungen in den letzten Jahrzehnten um einen mündigen Verbraucher, um einen ökointelligenten Verbraucher stehen doch die modernen Konsummuster, getragen von Prestigedenken, Modebewusstsein, Wellness, Easy-Going und dem Fun-Faktor dagegen. Das alles spricht für einen Lebens- und damit Konsumstil, der nicht geeignet ist, eine nachhaltige Entwicklung zu befördern. Auch wenn Konsumentenentscheidungen ein konstitutives Element der modernen demokratischen und pluralistischen Gesellschaft sind, unterliegen sie doch immer den Einflüssen der „Umwelt“ im weitesten Sinne, sodass es weiterhin darum geht, durch diese Einflüsse eine neue Richtung einzuschlagen. Will man der Idee der Nachhaltigkeit folgen, so müssen – und darin sind sich alle Experten einig – Lebensmuster und Lebensstile verändert werden. Das sind gravierende Einschnitte, die sich nicht durch einzelne Öko-Tipps und Handlungsanweisungen realisieren lassen, sondern umfassende Maßnahmen und globales, zusammenhängendes Denken erfordern.

Grundsätzlich gilt es, ein höheres umweltethisches Bewusstsein zu entwickeln: Es wird erwartet, dass die Menschen

■ die *Umweltprobleme* und ihre Bedeutung stärker *wahrnehmen*, als das im Durchschnitt der Fall ist,

■ sich durch eine höhere *persönliche Betroffenheit* hinsichtlich der Umweltprobleme auszeichnen,

■ ihre *Eigenverantwortlichkeit* in größerem Maße wahrnehmen,

■ eine größere Bereitschaft zu *umweltgerechtem Verhalten* zeigen,

■ *persönliche Opferbereitschaft* für eine intakte Umwelt überdurchschnittlich stark zur Geltung bringen,

■ sich stärker in *Umweltfragen* außerhalb des eigenen Wirkungskreises *engagieren*,

■ eine weniger individualistische und egozentrische Haltung zeigen (vgl. Schneider/Thomas 1995, S. 247-248).

Im Hinblick auf Umweltprobleme ist der Einzelne sowohl Betroffener als auch Verursacher. Dabei wurde jedoch zunächst nur – und dies liegt wohl in der Natur des Menschen – registriert und kritisiert, was betroffen macht und was bedroht. So protestierten und demonstrierten Menschen gegen Kernkraftwerke, gegen Luftverschmutzung der Industrie, gegen Manöver der Bundeswehr in Feld und Wald, gegen Waffenlager, gegen Abwässer der Chemiewerke usw. Besonders mit dem „viel auf einmal“, wie bei den Unfällen von Tschernobyl, im Chemiewerk Sandoz, bei Tankerunglücken usw.

setzt sich der Mensch auseinander, fordert Strafen und neue Gesetze und möchte am liebsten einen Teil der modernen Zivilisation rückgängig machen. Dahinter stehen auch massive Ängste; dass sie zum größten Teil – wenn auch nur indirekt – selbst mitverursacht sind, wird übersehen.

Die oft vergleichsweise kleinen Outputs der Haushalte sind es, die in der Summation in manchen Bereichen die Industrie übertreffen und damit Umweltprobleme forcieren. Ein besonders krasses Beispiel, das dieses Jahr verstärkt in den Medien präsent war, sind die *Energiefehlinvestitionen durch Lebensmittelvernichtung*: „1,3 Milliarden Tonnen Lebensmittel werden weltweit jährlich vernichtet. Eine unvorstellbare Summe. In Deutschland wird jährlich Essen im Wert von 20 Milliarden Euro weggeworfen. Im Durchschnitt landen in jedem Haushalt hierzulande jährlich rund 100 Kilogramm Lebensmittel im Wert von 400 Euro im Müll. Das ergab eine Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Doch die Verschwendung beginnt schon bei der Ernte. Vieles bleibt nämlich auf dem Acker der Bauern zurück.“

Durch den russischen Importstopp für Agrarerzeugnisse aus dem Westen könnten jetzt zusätzlich Obst, Gemüse, Fleisch und Molkereiprodukte auf dem Müll landen. Sie werden vernichtet, um Preise stabil zu halten“ (<http://www1.wdr.de/fernsehen/regional/daheim-und-unterwegs/sendungen/lebensmittelverschwendung116.html>, 21. 08. 2014, 16.15-18.00 Uhr).

Heute wird – um ein weiteres Beispiel zu nennen – über zehn Mal mehr Kleidung gekauft als noch vor 30 Jahren. Auch ist der Fleischverbrauch enorm gestiegen, weltweit hat er sich in den letzten 40 Jahren verdoppelt.

Ökonomischer Fortschritt und das lange Zeit Nichtbeachten der Umwelteinflüsse durch Verbraucher- und Haushaltsverhalten haben Konsum- und Lebensmuster geschaffen, die nicht leicht umkehrbar sind. Der Wunsch nach Bequemlichkeit, Arbeitserleichterung, Ausgestaltung einer zunehmenden Freizeit hat zu steigenden Bedarfen an Produkten und Dienstleistungen geführt. Wenn dieses nun in gewisser Weise „verdammte“ wird und Umweltschutz und umweltverträgliches Verhalten gefordert werden, ist die große Frage, wie und inwiefern sich das durchsetzen lässt. „Es ist leichter, große Teile des Bedarfs zu akzeptieren und hierin umweltschutzbezogene Veränderungen herbeizuführen als die Gesellschaft auf eine alternative Lebensführung umzustellen“ (Fegebank/Schneider 1992, S. 3).

In dem Artikel „Die Weisheit des Kirschbaumes“ heißt es bereits 1999, die nächste industrielle Revolution müsste folgendermaßen aussehen (ebenda, S. 19):

„Es geht um ein System, das

- in Luft, Wasser und Erdreich nur nutzbare Materialien einbringt;
- Wohlstand daran misst, wie viel natürliches Kapital wir auf produktive Art ansammeln können;
- Produktivität daran misst, wie viele Menschen sinnvoll arbeiten;
- Fortschritt daran misst, wie viele Gebäude keine Emissionen oder gefährlichen Abwässer abgeben;

- keine Vorschriften braucht, die uns daran hindern müssen, uns gegenseitig umzubringen;
- nichts produziert, was von künftigen Generationen permanente Wachsamkeit verlangt;
- die Fülle biologischer und kultureller Vielfalt feiert und die Fülle an Sonnenenergie freizügig nutzt.“

Für die *Haushalte* und den *Einzelnen* stellen sich dann u. a. folgende Aufgaben:

- Umweltbelastende Gewohnheiten zu verändern.
- Technisierung auf wirklich zeit- und kraftsparende Geräte zu beschränken, die auch eingesetzt werden.
- Weniger umweltbelastende Produkte zu kaufen.
- Weniger zu verbrauchen.
- (Hand)Arbeit im Haushalt gerechter aufzuteilen, um umweltverträgliches Verhalten zu erleichtern.
- Vorbildlich wirken durch eigenes Umweltverhalten.

Um derartige Verhaltensziele zu erreichen, ist u. a. die Bildung gefragt, auf die im Folgenden eingegangen werden soll.

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung

„Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloss am 20. Dezember 2002, auf Empfehlung des Weltgipfels in Johannesburg, für 2005 bis 2014 die Weltdekade ‘Bildung für nachhaltige Entwicklung’ auszurufen. Die Unesco wurde als ‘lead agency’ mit der Koordination der Weltdekade beauftragt. Ziel der UN-Dekade ist ein mentaler Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit. Die UN-Mitgliedstaaten verpflichten sich, in dieser Dekade das Leitbild der zukunftsfähigen Entwicklung in Kindergärten, Schulen und Universitäten zu verankern – das heißt, die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung, wie sie in der Agenda 21 festgelegt wurden, in ihren Bildungssystemen zu integrieren. Alle Menschen sollen die Chance haben, sich Wissen anzueignen, damit sie nachhaltig denken und verantwortungsvoll handeln können. Sie sollen Verhaltensweisen und Lebensstile erlernen, die eine lebenswerte Zukunft ermöglichen und die Weltgemeinschaft positiv verändern“ (<https://www.unesco.de/bildung/bis-2009/geschichte-der-nachhaltigkeit.html>).

Nimmt man diese Ausführungen, so kann man konstatieren, dass Bildung in fortschrittlichen Ländern bereits seit Langem auf Zukunftsfähigkeit ausgerichtet ist, dass Umwelt-erziehung als integrativer Bestandteil aller Schulfächer in der Bundesrepublik Deutschland seit Anfang der 1980er-Jahre gefordert und verwirklicht wurde.

Nun wird von einer Neuausrichtung von Bildung und Erziehung als unerlässliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung gesprochen, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und ökonomisches Wachstum miteinander vereint. Das ist für uns auch nicht so ganz neu, insbesondere, da sich die am „Rio-Prozess“ beteiligten Staaten darauf verständigt haben, dass die Umweltbildung eine geeignete Grundlage für den notwendigen Aufbau einer Bildung im Zeichen einer nachhaltigen Entwicklung darstellt und entsprechend weiter zu fördern ist, so die Bund-Länder-Kom-

mission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 1998. Während in der „traditionellen Umweltbildung“ die Lernenden zu „Anwälten“ für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erzogen werden sollten, was – schaut man sich die einzelnen Curricula und Ausgestaltungen der entsprechenden Aktivitäten an – eine verkürzte Aussage ist, fordert das Bildungsziel „Nachhaltigkeit“ (angeblich) mehr: Konflikte müssen analysiert werden, Lösungsvorschläge abgewogen, Kompromisse und Perspektiven konzipiert und vermittelnd umgesetzt werden (ebenda.). Schaut man sich die Forderungen der Kultusministerkonferenz (KMK) von 1982 an, wird man auch hier fündig: Da werden z. B. Konfliktsanalysen und Problemlösungen gefordert! „Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung“ soll den Menschen die nötigen Kompetenzen und Einstellungen vermitteln, um die Nutzung der Ressourcen unseres Planeten und Zusammenlebens so zu gestalten, dass die folgenden Generationen eine lebenswerte Welt vorfinden. Dass auch die derzeitige Generation eine lebenswerte Welt haben soll, müsste allerdings vordringlich sein. Nur dann wäre „Zukunftsfähigkeit“ gegeben!

Um die komplexen Zusammenhänge nachhaltiger Entwicklung zu verstehen, ist eine hohe intellektuelle Kompetenz und eine ständige kritische Reflexion des eigenen Verhaltens nötig. In Deutschland hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) 1998 einen Orientierungsrahmen für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung herausgegeben, der inhaltliche Eckpunkte und Anregungen auf allen Bildungsebenen umfasst, die in Form von didaktischen Prinzipien und Schlüsselqualifikationen formuliert wurden. Dazu gehören System- und Problemorientierung, Verständigungs- und Werteorientierung, Kooperationsorientierung, Situations-, Handlungs- und Partizipationsorientierung, Selbstorganisation und Ganzheitlichkeit (<http://www.blk-bonn.de/papers/heft69.pdf>). Das ist alles nicht neu, allerdings wird ständig daran gearbeitet, denn der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft gibt immer neu zu bewältigende Probleme zu bedenken. Die zahlreichen bildungspolitischen Entscheidungen, KMK-Empfehlungen u. A. machen es nicht eben leicht, Bildung und Ausbildung eine (gewünschte) stabile Kontinuität zu geben.

„Nachhaltigkeit“ ist auch nicht nur „Bildungsziel“ für Unterricht und Ausbildung, sondern betrifft insgesamt die Bildungsinstitutionen, die einer „ökologischen Umgestaltung“ bedürfen. Auch dies wurde bereits 1995 für die Schule schon in dem Beitrag von Buddensiek zum „ökologischen Umbau der Schule“ thematisiert (vgl. Buddensiek, S. 203 ff.).

Besonders wichtig, so heißt es, sind die Lehrerbildung, in der nachhaltige Entwicklung bisher nur eine untergeordnete Rolle spielt, sowie der Aspekt des lebenslangen Lernens als Fundament der Weiterbildung. Auch in dieser Hinsicht hat es bereits zahlreiche Initiativen und Aktivitäten gegeben, allerdings waren und sind sie in erster Linie abhängig von Geldern, die zur Verfügung gestellt werden, um den Forderungen nachzukommen. So wurden – mit entsprechendem Konkurrenzdruck – Projekte als förderungswürdig ausgewählt, und die hier ge-

wonnenen Einzelerkenntnisse bestimmen nun erst einmal die „Nachhaltige Entwicklung in der Bildung“ bis auf Weiteres!

Wenn man auf einen Schwerpunkt „unserer“ Arbeit blickt, so ist das die *Ernährung*. Sie stand und steht mit Blick auf die Umwelt und auch die Nachhaltigkeit besonders im Fokus der Betrachtungen.

Alle mit „Ernährung“ verbundenen Handlungen implizieren einen Umgang mit den Lebensräumen Wasser und Land, mit den Lebewesen Tier und Pflanze sowie mit den Artefakten, die der Unterstützung der Handlungen dienen. In der Ausübung der Handlungen ist diesem *Umweltbezug* in besonderer Weise Rechnung zu tragen, denn er stellt eine, wenn nicht sogar die grundlegende Qualifikationsanforderung nicht nur an Inhaber von Ernährungsberufen dar, sondern auch an den einzelnen Verbraucher (vgl. Fegebank 2002). In Erweiterung der bisherigen Curricula hat man sich auch hinsichtlich der „Ernährungsberufe“ der „Nachhaltigkeit“ zugewandt. Dahinter steht eigentlich die *nachhaltige Entwicklung als ein Leitbild*, zu dem Berufsbildung beitragen sollte. Dies erfolgt bisher – in Verkennung der Mission und Vision – mehr oder weniger durch die stärkere Einbeziehung „umweltverträglichen Handels“ in bestehende Curricula. Dabei sind einige Termini – wie „nachhaltigkeitsorientiertes“ Denken und Handeln – unvereinbar mit den zukunftsgerichteten Ideen. Dennoch werden im mehrfach genannten „Nachhaltigkeitsdreieck“ (vgl. Abschlussbericht 1998) „Aspekte“ der Nachhaltigkeit ausgewiesen und in der Konkretisierung curriculare Elemente vorgeschlagen (vgl. Kettschau/Mattausch 2012), die – terminologisch erklärungsbedürftig – als „Nachhaltigkeitsinhalte“ und/oder „Nachhaltigkeitskompetenzen“ erscheinen, wie z. B. die Vermittlung von „Gestaltungskompetenz“, die nicht eben neu ist und als eigene Konzeption gilt (vgl. z. B. Rauner 1988). Auch wird von „nachhaltigen Elementen in Speisekonzepten“ gesprochen, was ebenfalls der Klärung bedarf.

Ohne Zweifel müsste sich Bildung, insbesondere Berufsbildung neu orientieren: nicht mehr das Bestehende irgendwie umwelt- und sozialgerechter modellieren, sondern kritisch das bisherige Verhalten analysieren und verändern. Das hätte z. B. die Konsequenz, dass für die Arbeit in einem Industrieunternehmen, das Geschmacksverstärker herstellt oder Lebensmittelimitate, keine jungen Menschen mehr befähigt werden, da derartigen Unternehmen im Sinne der nachhaltigen Entwicklung kontraproduktiv und nicht tragbar sind.

Verzicht auf viele „Errungenschaften“ ist in modernen Konsumgesellschaften nicht eben erstrebenswert. Es gibt kein ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge, das der nachhaltigen Entwicklung dient. Jedes dieser „Gefüge“ müsste für sich erst einmal geändert werden. Solange aber umwelt- und sozialschädlich hergestellte Produkte auf dem Markt attraktiv für Konsumenten gemacht werden und auch noch preiswert sind, kann dem genannten Leitbild nicht gefolgt werden. Bildung auf allen Stufen hat somit zuallererst die Aufgabe, die Missstände, die schon heute auf der Welt herrschen, zu thematisieren und auf „Gegenmaßnahmen und -handlungen“ abzielen. Da reicht es nicht aus, hier und da mal

statt der Convenience-Produkte frische Lebensmittel zu verarbeiten. „Ernährung“ ist ein besonders konfliktträchtiger Bereich, und Bildung, insbesondere auch die Berufsbildung hätte hier zudem die Aufgabe, diese Konflikte zu thematisieren: z. B. der Alkoholismus in der Ausbildung junger Menschen für Berufe, in deren Ausübung alkoholische Getränke hergestellt bzw. vermarktet werden. Ein weiterer Konflikt besteht oft zwischen Gesundheit und Genuss. Hier hat die Forschung, insbesondere die Berufsbildungsforschung zahlreiche Aufgaben zu erfüllen und Probleme zu lösen, um der Curriculumentwicklung auf allen Ebenen gesicherte Grundlagen zu schaffen.

Fazit

In Abrundung des Beitrags wird nochmals auf die Veröffentlichung von Bunk zurückgegriffen (vgl. 1990, S. 18 ff.) Realität ist nicht einfach gegeben; sie wird immer schon ausgelegt, gedeutet, oft auch, um sie „greifen“ zu können, in „Realitäten“ zerlegt, und sie steht bzw. sie stehen dabei in Beziehung zu/ mitgedachten und mitgesetzten Idealität/en. Unsere Lebenswelt ist nur ein Realitätsbereich, der geprägt wird durch Vorstellungen vom „Sinn des Lebens“, von metaphysischen Ansichten, religiösen Auffassungen und zahlreichen Deutungsmustern. Immer wieder wird versucht, den „Sinn des Lebens“ neu zu denken. Im Moment eignet sich hier die Vision von der „nachhaltigen Entwicklung“ besonders gut, und man tut alles, diese im „Sollen“ für das Handeln in der Lebenswelt zu beschreiben/manifestieren.

Die Überlegungen zur Lebensbereichsrealität „legen den Gedanken einer Zusammengehörigkeit von Idealität und Realität, einer Wechselwirkung von Sein und Sollen nahe, [...] weil der Geist des Menschen notwendig auf Entwurf, auf Ideales eingestellt sei, durch den Entwurf aber erst die Realität erschließt, und der Zwang des Gegebenen führt wieder zurück zu einer Idealität der Zwecke“. Die vorhergehenden Ausführungen bestätigen das.

Interessant und zum weiteren Nachdenken anregend sind die folgenden Gedanken von Bunk (ebenda, S. 21 f.): Gesetz den Fall, es gäbe Ideale, so kämen sie einer Zielsetzung gleich. „Das Setzen eines Zieles aber würde zur Norm und bedeutete das Ende selbstgewählter und selbstverantwortender Entscheidung. Orientierten sich Erziehung und Leben nach einer gesetzten Sinngebung, würde es denkbar, daß dieser Sinn gebieterisch Verwirklichung forderte. Der Sinn würde zur Norm, die getroffen oder verfehlt werden kann [...]“ (ebenda, S. 21)

Will man Freiheit des Handelns und der Entscheidung, muss auf den eigenen Willen zurückgegriffen werden, und das bedeutet Verzicht auf einen allgemeinen Sinn. Für die Vielzahl menschlicher Handlungen gibt es nicht nur die eine Möglichkeit (vgl. ebenda).

Bildung soll den Menschen von einem real vorhandenen Zustand in einen seinsollenden überführen. Von Letzterem muss man sich zunächst ein „Bild“ machen, wie es in Lehrplänen verankert wird oder durch Forderungen der KMK, welche auf Idealitäten beruhen! Freie Bildung bedeutet aber,

dass Heranwachsende befähigt werden, sich ihre „Bilder“ selbsttätig zu entwerfen (Mitgestaltung!); Erziehung ist dann „Aufforderung zur freien Selbsttätigkeit“ (ebenda).

„Für die Lebenspraxis bedeutet dies zweierlei: Menschliches Leben vermag sich in unendlich vielen Formen zu verwirklichen, in derart vielen, wie sie sich einzelne Pädagogen und Theoretiker nicht auszudenken vermögen. Darin liegt auch der Realitätsbezug. Für das Zusammenleben der Menschen jedoch sind Regeln notwendig, ohne die das Leben zu einem Kampf aller gegen alle werden würde. Diese Regeln erfordern einen sittlichen/menschenwürdigen Kanon, der im Allgemeinen ruht, das ist allemal eine ‘Setzung’. Im bisherigen Leben der Menschen, so weit die Überlieferung einsichtig ist, wurde ein derart sittliches/menschenwürdiges Allgemeines noch nie ohne ein Ideal oder einen metaphysischen Bezug gefunden“ (ebenda).

Quellen (2. Teil)

- Abschlußbericht der Enquete-Kommission (1998): „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“, Deutscher Bundestag: Drucksache 13/11200 vom 26. Juni 1998, S. 218
- Buddensiek, Wilfried (1995): Der ökologische Umbau von Schule – ein notwendiger, selbstreflexiver Prozeß. In: Kaiser, F.-J. u. a. (Hrsg.): Grundlagen der beruflichen Umweltbildung in Schule und Betrieb. Bad Heilbrunn, S. 203-219
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1998): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Orientierungsrahmen. Heft 69. <http://www.blk-bonn.de/papers/heft69.pdf>
- Bunk, Gerhard P. 1990: Idealität und Realität in der beruflichen Bildung. In: Bunk, Gerhard P. (Hrsg.): Idealität und Realität. Wetzlar, S. 23-31
- Fegebank, Barbara (2002): Umweltbildung in den Berufsfeldern „Ernährung und Hauswirtschaft“ sowie „Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau“. In: Bonz/Nickolaus/Schanz (Hrsg.): Umweltproblematik und Berufsbildung. Baltmannsweiler, S. 209-223
- Fegebank, Barbara; Schneider, L. (1992): Umweltbewußt Einkaufen. Lehrmaterialien für die hauswirtschaftliche Berufsausbildung. Baltmannsweiler Ketschau, Imhild; Mattausch, N. (2012): Nachhaltigkeitsorientiertes Rahmencurriculum Ernährung/Hauswirtschaft. In: HuW 60, 1, S. 15-23 <http://www.wiwo.de/technologie/umwelt/oeko-mythen-die-vielen-irrtuemer-zur-nachhaltigkeit/8291274.html>
- <http://www1.wdr.de/fernsehen/regional/daheim-und-unterwegs/sendungen/lebensmittelverschwendung116.html>
- <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/produkte/oekodesign>
- <https://www.unesco.de/bildung/bis-2009/geschichte-der-nachhaltigkeit.html>

Prof. Dr. Dr. Barbara Fegebank, Seniorprofessorin
TU Dresden, Fakultät Erziehungswissenschaften
Institut für Berufspädagogik und Berufliche Didaktiken
D-01062 Dresden
Tel. 0049 (0)351 46334936
E-Mail: Barbara.Fegebank@tu-dresden.de